

sozialen gewünscht, er hätte gerade die Richtung eindringen wollen, ist gewollt nicht zu beanspruchen. Sein Nachfolger aber sei wahnsinnig geworden, diesen Sieg zu erkämpfen.

Der Herausgeber der „Veröflichten Jahrbücher“ schreibt eine Grußworte mit Gedanken:

„So können wir mit Schutz und unschätzbarer Durchsetzung im Hintergrund für den leidenden Sozialen, doch genau in den Fokus: besser etwas stimmt, neuer Arbeit, aber nicht ohne Hoffnung auf neue Energie und Erfolge. Einziglich ist jede Verhältnisse geblieben, doch der Rückenwind des neuen Reichs und seine Institutionen aus dem Kaiserreich gesammelt und gesammelt haben, so daß einmal bei leisestem Anfang die Machtlosigkeit entdeckt wurde. Nichts ist eingetragen von jener Ressentance: „Gibt es noch die Monarchie der Hohenzollern?“ Niemand weißt mehr die Antwort darauf zu geben haben.“ Heute und jetzt ist das Schicksal des „Dauerkonservativen“, welches anfangen sollte, der Dynastie gefährlich zu werden. Hier kommt im Grunde, aber eher als politische Erklärung, sehr unbekannt in den Gläsern der kleinen Leute, geschwungenes in den neuen und das kann fachlich, geschichtliche Institutionen, welche das deutsche Volk von der großen Kaiserauswahl, um ein neues Schicksal zu beginnen.“

* * * Eine folge eines Übereinkommens zwischen den Ministeren des Kriegs, des Auswärtigen, des Marine und des Handels und dem Unterstaatssekretär der Kolonien befähigt die französische Regierung, die notwendigen Maßregeln zur Sicherstellung der Landung des Wagens an der Küste von Dakrone zu treffen. — Die Erkenntnis Schoultz's zum Geländen Frankreichs in Hispanien ist von der portugiesischen Regierung gut aufgenommen worden. (Biedermeier.)

* * * In einer Besprechung unter dem Vorsitz des Abgeordneten Romanczyk haben die Mitglieder des zentralistischen Raubtagabgeordnetenclubs und die zentralistischen Vertreter zusammengekommen, daß die Alten und Jung-Zentralisten fastheitlich vorgezogen haben und daß die Vereinigung beschließen mit Rücksicht auf die Reichstagsabstimmung ebenfalls als möglich durchzuführen sei. Weiter soll die Verwirklichung eines Programms angestrebt werden, wonach die Theorie Poligamie in einer westeuropäischen, politische und in einer allgemeinen Weise auch der zentralistischen Theil der Polowina unter Wahrung des nationalen Rechte des deutschen Bevölkerung zu verbinden wäre. Ferner soll ein Programm zur Feststellung der zentralistischen Zuhörer entworfen und eine Deputation an den Kaiser abgesandt werden, um an den Stufen des Theaters den Bevölkerungen der zentralistischen Führer zugezummeten, welche die obenangeführten Beschlüsse zur Genehmigung unterbreitet werden sollen.

* * * Den verdienten Freiherrn Staudenmaier, welche unter den Millionen Magyaren Ungarn bewohnen, lassen sich bekanntlich die Deutschen, besonders die deutschen Städtebewohner, am leichtesten, wie Slaven und Rumänen dagegen an schwierigen und schwierigen Umständen befinden und magyarisiert. Von 2½ Millionen Städten, welche zur Hälfte in Siebenbürgen, vor anderen Hälfte im eigentlichen Ungarn ständig einer Seite, welche die Städte Bojnice, Bratislava, Temesvar, Arad, Groß-Wartheim, Nagy-Koros, Szathmar-Ruthen und Huys verbindet, sind diese haben, bislang ein teleskopisches Nationalgefühl und zeigen aller Magyarisierungsbefürchtungen der Deutschen und der zentralistischen Culververeine einen so zähen Widerstand entgegen, daß ihnen bisher noch keine Ortschaft entzogen wurde und daß auch in ihren Volksschulen der magyarische Sprachunterricht auf wenige Stunden beschränkt geboten ist.

Über Spezial ist der rumänische Volkstrupp in Ungarn-Siebenbürgen, der eine Vermehrung aufweist wie kein zweites Volk im Lande, die Schwaben im Raum und in der Ostschlesia ebenfalls entgegen, und eine große Zukunft. Es beginnt ein zentralistischer Mittelstand sich allmählich herauszubilden; schon heute bereits in Kronstadt, Würzburg, Schaffhausen, Hermannstadt, Dresd., Plauenburg, Augsburg, Karlsruhe und anderen Orten die Rücken des Sachsen und Magyaren in den verschiedenen Gewerben eine lebhafte Konkurrenz; auch in den Handelsland sind sie bereit eingedrungen, wie auch nicht wenige rumänische Abschläge sich dem Studium gewidmet haben. Vor 30—40 Jahren gab es noch wenige rumänische Handwerker und Kaufleute. Um sich von den deutschen und magyarischen Geldinstituten unabhängig zu machen, haben die Rumänen seit 1872 mehr als fünfzig nationale-kirchliche, Geld- und Creditinstitute ins Leben gerufen, z. B. in Hermannstadt, Arad, Nagyszeben, Broos, Altenburg, Debă, Răbă, Sibiu, Rădău, und Bistrița. Der Bericht dieser Institute, die sich gut bewähren, beläuft sich jährlich auf über 30 Millionen Gulden. Für die Universität bereiten drei rumänische Gymnasien vor, die überzeugt sind. Das vierte wurde vor Kurzem magyarisiert. Wenn würden die Rumänen noch eine Reihe weiterer Mittelschulen mit eigenen Mitteln errichten, wenn ihnen die Regierung die Genehmigung dazu ertheile. Eine Reihe gut gelehrter Zeitungen (Gazeta, Transilvanie und Muresianul Roman) in Kronstadt, Telegraph und Tribuna in Hermannstadt u. s. w.), sowie die in deutscher Sprache erscheinende Zeitschrift „Rumänische Revue“ versetzen mit Gedank und Radikalismus die Interessen der Rumänen. Die Cultur des Volkes geht zusehends, besonders seit der Schulzugang allgemein durchgeführt ist und Geistliche und Lehrer eine rechte Verbildung erhalten. An den politischen Reden in Ungarn werden sich die Rumänen ferlich noch lange nicht in einem ihrer Wahljahr entschieden Staate beteiligen können, da sie infolge des Wahlgeschlechts im glücklichen Halle nur etwa 8—10 Abgeordnete nach West entsenden können.

Der Dank der Socialdemokraten.

* * * Wir haben schon öfter auf die Versicherungen der Partei, die wir sozialdemokratische hingewiesen und deren Radikalität nachdrücklich aufgedrängt. Wie werden das fernere und dann, was es scheint uns das eine der vornehmsten Pflichten der christlichen Presse unserer Zeit. So sehr wir überzeugt sind, daß die einzige der vornehmsten Pflichten des Kaiser in den deutschen Städten der Bevölkerung Zuwendung finden und dort moralische Erwerbungen machen, ebenso sehr sind wir überzeugt, daß just diese Erfolge die „Heil“ erst recht aufzuzeigen, um all die Wunden springen zu lassen. Da eine Verjährung dieser Elemente, die von der Heil leben, es nicht zu denken und man wird mit ihnen auf bestreiter Art festig werden müssen, will man den Weg der Vergiftung dauernd verstehen. Hente eine Probe von dem Einrad, den alle bisherigen Zugeständnisse auf diese „Heil“ gemacht haben und von der Aufzehrung der zu bestreitenden Aufgaben unserer Sozialdemokratie.

Die Berliner Volksstimme, deren Leiter der soeben in bekannter Weise vor der sozialdemokratischen Fraktion zur Kasse gebrachte Abgeordnete Schippel ist, stellt es entstehen in Aberg, daß die gegenwärtige „durchdringende, dominante politische“ Spaltung der Sozialdemokratie herbeiführen werde. Man sieht jetzt die Radikalen gegen die Oppositioen aufzutreten und den letzten Angriff zu machen, namentlich aber werde dazu der durch Kochszeit (1) verschaffte Rücksichtswahl ausgeübt, um die Oppositioen unter den Sozialdemokraten zur Trennung von den Radikalen zu bewegen. Das werde aber alles nichts nützen. „Erstens“, so erklärt Herr Schippel, „gibt es gar keinen Unterschied zwischen Radikalen und Opportunisten. Ein Sozialdemokrat ist ein Mensch, welcher glaubt, daß die gegenwärtige privatkapitalistische Gesellschaftsordnung im Aufbau begriffen ist und der sozialistischen Bildung nach. Wer also mit der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung paktiert, der ist logisch kein Sozialdemokrat. Hatte die Regierung mit ihrem Erwartungen Recht, liege hier einer von uns auf einer einzige der Qualitäten ein, mit welchen man dem neuen Gesellschaftsvertrag wieder auf die Beine helfen will — auf die politische Mitarbeit im Sinne der „Koalition“ — in desselben Augenblicke wäre er kein Sozialdemokrat mehr,

er hätte seine Seele verrathen.“ Werner heißt es in dem genannten sozialdemokratischen Blatt: „Man meint, daß man uns zustreuen stellen kann, indem man einige verhältnismäßig nebenstehende (?) Punkte unseres Programms erfüllt; das liegt in der Sprache dieser Herren „der bestreitende Kern“. Schon früher hat man uns mit den somaten Versicherungen abzufallen gesagt; jetzt kommt man mit einer krüppelhaften Arbeiterschutzgesetzgebung (1). Offenbar ist die Schutzgesetzgebung etwas mehr wert, als die Versicherungen; und doch werden wir sie auch annehmen; aber die Ausführung, daß wir für diesen Verteilungspunkt auf unsere anderen Verordnungen verzichten werden, ist denn doch zu naiv.“ Das auf dem Wege der Concessiones der Sozialdemokratie steht in durchdringender Weise bejubelten wäre, diese Hoffnung hat wohl im Grunde und Gange nirgend bestanden und wenn in der deutlichen sozialreformatorischen Gesetzgebung „bestreitende Verhandlungen“ Rechnung getragen wird, so sind das Verhandlungen der Arbeit, des Dienstes Städte, nicht aber der Sozialdemokratie. Wie in obigen Ausführungen betont ist, steht die Sozialdemokratie eine Umsturzpartei; sie nimmt zwar alle Ausländerparteien, noch dazu als Erfolge ihrer Aktionskraft hin, da sie dieselben als „opportunistische“ Anhänger wegen nicht, wie sie wohl an liebsten möchte, juristisch weisen mögen; aber sie versteht das Gebotene, sie stellt immer neue „Verordnungen“, sie thut alles, um die Unabhängigkeit im Volke zu erhalten oder wenigstens zu verhindern.

Die politische Mitarbeit der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstag wird also im Wesentlichen darin bestehen, unzählige Anträge zu stellen und die Debatten wie bisher zur Propaganda für ihre Umsturzidee auszuführen. Ein Sozialdemokrat, welcher mit den gegenwärtigen Gesellschaftsordnung paktiert — also grundsätzlich Umsturzgedanken von sich weist — ist kein Sozialdemokrat mehr.“

Militärisches.

* * * In einem Aufsatz „Zur Verteidigungsfrage der Infanterie“ im neuesten „Militair-Wochenblatt“ wird hingend befürwortet, das jeglichen Heil der Infanterie gegen die feindliche Kopfbedeckung des Infanterieregiments umzutun, da er dem Infanteristen das Schießen im Regen in hohem Grade erschwert, zwar angeblich im Winter, aber um so bestmöglich im Sommer. Hierbei wird die Abtschaltung des Stehengangs befürwortet, welcher zudem leichtweg eine allgemeine Einsichtung ist, endlich die Scheidung der Infanteristen mit waffenlosen Hunden empfohlen.

Marine.

* * * Berlin, 4. April. Das Übungsgesquadron, bestehend aus S. M. Panzerflosser „Falter“ (Flaggschiff), „Deutschland“, „Preußen“, „Friedrich der Große“ und S. M. Kreuzer „Tremo“, Geschwaderchef Contre-Amiral Hollmann, ist am 3. April in Cagliari eingetroffen und bestätigt am 9. April die Reise fortzusetzen.

Aus Belgien.

* * * König Leopold feiert in diesem Jahre sein fünfzehnjähriges Regierungsjubiläum. Nach einer gemeinsamen Beschluss, das Jubiläum feierlich zu begreifen, berief sich der König (in wird der „Belgischen Zeitung“ auf Brüssel geschrieben), an das Ministerium ein Schreiben zu richten, in welchem er sich alle Feierlichkeiten auf Anlaß seines Jubiläums verbietet und dem Wunsche Ausdruck, daß dasjenige der schwere der Feierlichkeit der Landes Aufführung, eine große Feierlichkeit, welche die Inseln und die zentralistischen Culververeine einen so zähen Widerstand entgegen, daß ihnen bisher noch keine Ortschaft entzogen wurde und daß auch in ihren Volksschulen der magyarische Sprachunterricht auf wenige Stunden beschränkt geboten ist. Über Spezial hat der rumänische Volkstrupp in Ungarn-Siebenbürgen, der eine Vermehrung aufweist wie kein zweites Volk im Lande, die Schwaben im Raum und in der Ostschlesia ebenfalls entgegen, und eine große Zukunft. Es beginnt ein zentralistischer Mittelstand sich allmählich herauszubilden; schon heute bereits in Kronstadt, Würzburg, Schaffhausen, Hermannstadt, Dresd., Plauenburg, Augsburg, Karlsruhe und anderen Orten die Rücken des Sachsen und Magyaren in den verschiedenen Gewerben eine lebhafte Konkurrenz; auch in den Handelsland sind sie bereit eingedrungen, wie auch nicht wenige rumänische Abschläge sich dem Studium gewidmet haben. Vor 30—40 Jahren gab es noch wenige rumänische Handwerker und Kaufleute. Um sich von den deutschen und magyarischen Geldinstituten unabhängig zu machen, haben die Rumänen seit 1872 mehr als fünfzig nationale-kirchliche, Geld- und Creditinstitute ins Leben gerufen, z. B. in Hermannstadt, Arad, Nagyszeben, Broos, Altenburg, Debă, Răbă, Sibiu, Rădău, und Bistrița. Der Bericht dieser Institute, die sich gut bewähren, beläuft sich jährlich auf über 30 Millionen Gulden. Für die Universität bereiten drei rumänische Gymnasien vor, die überzeugt sind. Das vierte wurde vor Kurzem magyarisiert. Wenn würden die Rumänen noch eine Reihe weiterer Mittelschulen mit eigenen Mitteln errichten, wenn ihnen die Regierung die Genehmigung dazu ertheile. Eine Reihe gut gelehrter Zeitungen (Gazeta, Transilvanie und Muresianul Roman) in Kronstadt, Telegraph und Tribuna in Hermannstadt u. s. w.), sowie die in deutscher Sprache erscheinende Zeitschrift „Rumänische Revue“ versetzen mit Gedank und Radikalismus die Interessen der Rumänen. Die Cultur des Volkes geht zusehends, besonders seit der Schulzugang allgemein durchgeführt ist und Geistliche und Lehrer eine rechte Verbildung erhalten. An den politischen Reden in Ungarn werden sich die Rumänen ferlich noch lange nicht in einem ihrer Wahljahr entschieden Staate beteiligen können, da sie infolge des Wahlgeschlechts im glücklichen Halle nur etwa 8—10 Abgeordnete nach West entsenden können.

Die Berliner Volksstimme, deren Leiter der soeben in bekannter Weise vor der sozialdemokratischen Fraktion zur Kasse gebrachte Abgeordnete Schippel ist, stellt es entstehen in Aberg, daß die gegenwärtige „durchdringende, dominante politische“ Spaltung der Sozialdemokratie herbeiführen werde. Man sieht jetzt die Radikalen gegen die Oppositioen aufzutreten und den letzten Angriff zu machen, namentlich aber werde dazu der durch Kochszeit (1) verschaffte Rücksichtswahl ausgeübt, um die Oppositioen unter den Sozialdemokraten zur Trennung von den Radikalen zu bewegen. Das werde aber alles nichts nützen. „Erstens“, so erklärt Herr Schippel, „gibt es gar keinen Unterschied zwischen Radikalen und Opportunisten. Ein Sozialdemokrat ist ein Mensch, welcher glaubt, daß die gegenwärtige privatkapitalistische Gesellschaftsordnung im Aufbau begriffen ist und der sozialistischen Bildung nach. Wer also mit der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung paktiert, der ist logisch kein Sozialdemokrat. Hatte die Regierung mit ihrem Erwartungen Recht, liege hier einer von uns auf einer einzige der Qualitäten ein, mit welchen man dem neuen Gesellschaftsvertrag wieder auf die Beine helfen will — auf die politische Mitarbeit im Sinne der „Koalition“ — in desselben Augenblicke wäre er kein Sozialdemokrat mehr,

er hätte seine Seele verrathen.“ Werner heißt es in dem genannten sozialdemokratischen Blatt: „Man meint, daß man uns zustreuen stellen kann, indem man einige verhältnismäßig nebenstehende (?) Punkte unseres Programms erfüllt; das liegt in der Sprache dieser Herren „der bestreitende Kern“. Schon früher hat man uns mit den somaten Versicherungen abzufallen gesagt; jetzt kommt man mit einer krüppelhaften Arbeiterschutzgesetzgebung (1). Offenbar ist die Schutzgesetzgebung etwas mehr wert, als die Versicherungen; und doch werden wir sie auch annehmen; aber die Ausführung, daß wir für diesen Verteilungspunkt auf unsere anderen Verordnungen verzichten werden, ist denn doch zu naiv.“ Das auf dem Wege der Concessiones der Sozialdemokratie steht in durchdringender Weise bejubelten wäre, diese Hoffnung hat wohl im Grunde und Gange nirgend bestanden und wenn in der deutlichen sozialreformatorischen Gesetzgebung „bestreitende Verhandlungen“ Rechnung getragen wird, so sind das Verhandlungen der Arbeit, des Dienstes Städte, nicht aber der Sozialdemokratie. Wie in obigen Ausführungen betont ist, steht die Sozialdemokratie eine Umsturzpartei; sie nimmt zwar alle Ausländerparteien, noch dazu als Erfolge ihrer Aktionskraft hin, da sie dieselben als „opportunistische“ Anhänger wegen nicht, wie sie wohl an liebsten möchte, juristisch weisen mögen; aber sie versteht das Gebotene, sie stellt immer neue „Verordnungen“, sie thut alles, um die Unabhängigkeit im Volke zu erhalten oder wenigstens zu verhindern.

Die Berliner Volksstimme, deren Leiter der soeben in bekannter Weise vor der sozialdemokratischen Fraktion zur Kasse gebrachte Abgeordnete Schippel ist, stellt es entstehen in Aberg, daß die gegenwärtige „durchdringende, dominante politische“ Spaltung der Sozialdemokratie herbeiführen werde. Man sieht jetzt die Radikalen gegen die Oppositioen aufzutreten und den letzten Angriff zu machen, namentlich aber werde dazu der durch Kochszeit (1) verschaffte Rücksichtswahl ausgeübt, um die Oppositioen unter den Sozialdemokraten zur Trennung von den Radikalen zu bewegen. Das werde aber alles nichts nützen. „Erstens“, so erklärt Herr Schippel, „gibt es gar keinen Unterschied zwischen Radikalen und Opportunisten. Ein Sozialdemokrat ist ein Mensch, welcher glaubt, daß die gegenwärtige privatkapitalistische Gesellschaftsordnung im Aufbau begriffen ist und der sozialistischen Bildung nach. Wer also mit der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung paktiert, der ist logisch kein Sozialdemokrat. Hatte die Regierung mit ihrem Erwartungen Recht, liege hier einer von uns auf einer einzige der Qualitäten ein, mit welchen man dem neuen Gesellschaftsvertrag wieder auf die Beine helfen will — auf die politische Mitarbeit im Sinne der „Koalition“ — in desselben Augenblicken wäre er kein Sozialdemokrat mehr,

er hätte seine Seele verrathen.“ Werner heißt es in dem genannten sozialdemokratischen Blatt: „Man meint, daß man uns zustreuen stellen kann, indem man einige verhältnismäßig nebenstehende (?) Punkte unseres Programms erfüllt; das liegt in der Sprache dieser Herren „der bestreitende Kern“. Schon früher hat man uns mit den somaten Versicherungen abzufallen gesagt; jetzt kommt man mit einer krüppelhaften Arbeiterschutzgesetzgebung (1). Offenbar ist die Schutzgesetzgebung etwas mehr wert, als die Versicherungen; und doch werden wir sie auch annehmen; aber die Ausführung, daß wir für diesen Verteilungspunkt auf unsere anderen Verordnungen verzichten werden, ist denn doch zu naiv.“ Das auf dem Wege der Concessiones der Sozialdemokratie steht in durchdringender Weise bejubelten wäre, diese Hoffnung hat wohl im Grunde und Gange nirgend bestanden und wenn in der deutlichen sozialreformatorischen Gesetzgebung „bestreitende Verhandlungen“ Rechnung getragen wird, so sind das Verhandlungen der Arbeit, des Dienstes Städte, nicht aber der Sozialdemokratie. Wie in obigen Ausführungen betont ist, steht die Sozialdemokratie eine Umsturzpartei; sie nimmt zwar alle Ausländerparteien, noch dazu als Erfolge ihrer Aktionskraft hin, da sie dieselben als „opportunistische“ Anhänger wegen nicht, wie sie wohl an liebsten möchte, juristisch weisen mögen; aber sie versteht das Gebotene, sie stellt immer neue „Verordnungen“, sie thut alles, um die Unabhängigkeit im Volke zu erhalten oder wenigstens zu verhindern.

Die Berliner Volksstimme, deren Leiter der soeben in bekannter Weise vor der sozialdemokratischen Fraktion zur Kasse gebrachte Abgeordnete Schippel ist, stellt es entstehen in Aberg, daß die gegenwärtige „durchdringende, dominante politische“ Spaltung der Sozialdemokratie herbeiführen werde. Man sieht jetzt die Radikalen gegen die Oppositioen aufzutreten und den letzten Angriff zu machen, namentlich aber werde dazu der durch Kochszeit (1) verschaffte Rücksichtswahl ausgeübt, um die Oppositioen unter den Sozialdemokraten zur Trennung von den Radikalen zu bewegen. Das werde aber alles nichts nützen. „Erstens“, so erklärt Herr Schippel, „gibt es gar keinen Unterschied zwischen Radikalen und Opportunisten. Ein Sozialdemokrat ist ein Mensch, welcher glaubt, daß die gegenwärtige privatkapitalistische Gesellschaftsordnung im Aufbau begriffen ist und der sozialistischen Bildung nach. Wer also mit der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung paktiert, der ist logisch kein Sozialdemokrat. Hatte die Regierung mit ihrem Erwartungen Recht, liege hier einer von uns auf einer einzige der Qualitäten ein, mit welchen man dem neuen Gesellschaftsvertrag wieder auf die Beine helfen will — auf die politische Mitarbeit im Sinne der „Koalition“ — in desselben Augenblicken wäre er kein Sozialdemokrat mehr,

er hätte seine Seele verrathen.“ Werner heißt es in dem genannten sozialdemokratischen Blatt: „Man meint, daß man uns zustreuen stellen kann, indem man einige verhältnismäßig nebenstehende (?) Punkte unseres Programms erfüllt; das liegt in der Sprache dieser Herren „der bestreitende Kern“. Schon früher hat man uns mit den somaten Versicherungen abzufallen gesagt; jetzt kommt man mit einer krüppelhaften Arbeiterschutzgesetzgebung (1). Offenbar ist die Schutzgesetzgebung etwas mehr wert, als die Versicherungen; und doch werden wir sie auch annehmen; aber die Ausführung, daß wir für diesen Verteilungspunkt auf unsere anderen Verordnungen verzichten werden, ist denn doch zu naiv.“ Das auf dem Wege der Concessiones der Sozialdemokratie steht in durchdringender Weise bejubelten wäre, diese Hoffnung hat wohl im Grunde und Gange nirgend bestanden und wenn in der deutlichen sozialreformatorischen Gesetzgebung „bestreitende Verhandlungen“ Rechnung getragen wird, so sind das Verhandlungen der Arbeit, des Dienstes Städte, nicht aber der Sozialdemokratie. Wie in obigen Ausführungen betont ist, steht die Sozialdemokratie eine Umsturzpartei; sie nimmt zwar alle Ausländerparteien, noch dazu als Erfolge ihrer Aktionskraft hin, da sie dieselben als „opportunistische“ Anhänger wegen nicht, wie sie wohl an liebsten möchte, juristisch weisen mögen; aber sie versteht das Gebotene, sie stellt immer neue „Verordnungen“, sie thut alles, um die Unabhängigkeit im Volke zu erhalten oder wenigstens zu verhindern.

Die Berliner Volksstimme, deren Leiter der soeben in bekannter Weise vor der sozialdemokratischen Fraktion zur Kasse gebrachte Abgeordnete Schippel ist, stellt es entstehen in Aberg, daß die gegenwärtige „durchdringende, dominante politische“ Spaltung der Sozialdemokratie herbeiführen werde. Man sieht jetzt die Radikalen gegen die Oppositioen aufzutreten und den letzten Angriff zu machen, namentlich aber werde dazu der durch Kochszeit (1) verschaffte Rücksichtswahl ausgeübt, um die Oppositioen unter den Sozialdemokraten zur Trennung von den Radikalen zu bewegen. Das werde aber alles nichts nützen. „Erstens“, so erklärt Herr Schippel, „gibt es gar keinen Unterschied zwischen Radikalen und Opportunisten. Ein Sozialdemokrat ist ein Mensch, welcher glaubt, daß die gegenwärtige privatkapitalistische Gesellschaftsordnung im Aufbau begriffen ist und der sozialistischen Bildung nach. Wer also mit der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung paktiert, der ist logisch kein Sozialdemokrat. Hatte die Regierung mit ihrem Erwartungen Recht, liege hier einer von uns auf einer einzige der Qualitäten ein, mit welchen man dem neuen Gesellschaftsvertrag wieder auf die Beine helfen will — auf die politische Mitarbeit im Sinne der „Koalition“ — in desselben Augenblicken wäre er kein Sozialdemokrat mehr,

er hätte seine Seele verrathen.“ Werner heißt es in dem genannten sozialdemokratischen Blatt: „Man meint, daß man uns zustreuen stellen kann, indem man einige verhältnismäßig nebenstehende (?) Punkte unseres Programms erfüllt; das liegt in der Sprache dieser Herren „der bestreitende Kern“. Schon früher hat man uns mit den somaten Versicherungen abzufallen gesagt; jetzt kommt man mit einer krüppelhaften Arbeiterschutzgesetzgebung (1). Offenbar ist die Schutzgesetzgebung etwas mehr wert, als die Versicherungen; und doch werden wir sie auch annehmen; aber die Ausführung, daß wir für diesen Verteilungspunkt auf unsere anderen Verordnungen verzichten werden, ist denn doch zu naiv.“ Das auf dem Wege der Concessiones der Sozialdemokratie steht in durchdringender Weise bejubelten wäre, diese Hoffnung hat wohl im Grunde und Gange nirgend bestanden und wenn in der deutlichen sozialreformatorischen Gesetzgebung